Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 90 (2010)

Heft: 978

Artikel: Ist nach dem Crash vor dem Crash? : Zehn Prinzipien, die das

Finanzsystem vor dem Crash bewahren

Autor: Taleb, Nassim Nicholas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-168517

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zehn Prinzipien, die das Finanzsystem vor dem Crash bewahren. Sie gelten übrigens auch für überschuldete Staaten.

Ist nach dem Crash vor dem Crash?

Nassim Nicholas Taleb

1.

Was zerbrechlich ist, sollte gleich zerbrochen werden, solange es noch klein ist. Nichts in der Wirtschaft sollte so gross werden dürfen, dass es zu gross ist, um unterzugehen («too big to fail»). Die Wirtschaftsentwicklung läuft so ab, dass sie jenen mit den grössten verborgenen Risiken – das heisst, den Instabilsten – dazu verhilft, die Grössten zu werden.

2

Keine Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne. Was immer staatlicher Rettung bedarf, sollte verstaatlicht werden; alles, was keiner Rettung bedarf, sollte frei, klein und risikotragend sein. Wir haben es hinbekommen, das Schlechteste am Kapitalismus mit dem Schlechtesten am Sozialismus zu verbinden. Im Frankreich der 1980er Jahre übernahmen die Sozialisten die Banken. Nun haben nach der Jahrtausendwende in den Vereinigten Staaten die Banken die Regierung übernommen. Völlig surreal.

3.

Leute, die mit verbundenen Augen am Steuer eines Schulbusses sassen (und ihn an die Wand fuhren), sollten nie wieder einen Bus in die Finger bekommen. Das Wirtschaftsestablishment (Universitäten, Aufsichtsbehörden, Zentralbankiers, Regierungsmitarbeiter und alle möglichen Wirtschaftswissenschafter) hat mit dem Versagen des Systems seine Legitimität eingebüsst. Es ist unverantwortlich und verrückt, nun den Fähigkeiten ebendieser Experten zuzutrauen, einen Ausweg aus dem Schlamassel zu finden. Wir sollten uns stattdessen an kluge Leute halten, deren Hände sauber sind.

4.

Lass niemanden, der an einem Boni-Tropf hängt, an die Verwaltung eines Kernkraftwerks – oder deiner eigenen Finanzrisiken. Man kann sich darauf verlassen, dass er in Sachen Sicherheit jede Kurve schneidet, wenn es darum geht, «Gewinne» auszuweisen, und dabei seinen «Konservatismus» beschwört. Boni tragen den unsichtbaren Risiken eines möglichen grossen Zusammenbruchs keine Rechnung. Und es ist diese Asymmetrie des Bonussystems, die uns in unsere heutige Lage gebracht hat. Kein Zuckerbrot ohne Peitsche, keine Anreize ohne Sanktionen – im Kapitalismus geht es um Belohnung *und* Bestrafung, nicht bloss um Belohnung.

5.

Einfachheit als Gegengewicht zur Komplexität. Die Komplexität, die die Globalisierung und die hohe Vernetzung des Wirtschaftslebens begleitet, muss durch einfache Finanzprodukte ausgeglichen werden. Die komplexe Ökonomie ist selbst bereits eine Form von Leverage – Leverage der Effizienz. Solche Systeme überleben dadurch, dass sie über «Luft» und Redundanz verfügen. Wenn dann Schulden draufgepackt werden, kommt es zu einem wilden, unberechenbaren und gefährlichen Karussell, das keinerlei Raum für Fehler lässt. Der Kapitalismus kann Auswüchse und Blasen nicht verhindern: Aktienblasen (wie im Jahr 2000) erwiesen sich als mild; Schuldenblasen aber sind bösartig.

6.

Gib Kindern kein Dynamit, selbst wenn eine Warnung draufsteht. Komplexe Derivate sollten verboten werden, weil niemand sie versteht und nur wenige vernünftig genug sind, dies auch einzusehen. Bürger müssen hier vor sich selbst geschützt werden, vor Bankern, die ihnen sogenannt «abgesicherte» («hedged») Produkte verkaufen, und vor blauäugigen Aufsichtsbehörden, die auf Wirtschaftstheoretiker hören.

7.

«Vertrauen» sollte nur bei Schneeballsystemen (Ponzi-Systemen) im Spiel sein. Regierungen sollten niemals «Vertrauen wiederherzustellen» haben. Gerüchtekaskaden sind Ausfluss komplexer Systeme. Regierungen können Gerüchte nicht aufhalten. Wir können uns nur helfen, indem wir jederzeit selber in der Lage sind, Gerüchte beiseite zu wischen und ihnen zu widerstehen.

8.

Gib einem Süchtigen nicht einfach mehr Drogen, wenn er an Entzugserscheinungen leidet. Von zu viel Leverage hervorgerufene Probleme mit noch mehr Leverage kurieren zu wollen, ist nicht Homöopathie, sondern Realitätsverweigerung. Die Verschuldungskrise ist kein vorübergehendes Problem, sondern ein strukturelles. Wir müssen in die Rehabilitation.

9.

Bürger sollten für ihre Altersvorsorge nicht von Finanzanlagen oder vom Rat fehlbarer «Experten» abhängen. Das Wirtschaftsleben sollte von der Finanzindustrie abgekoppelt werden. Wir sollten lernen, die Märkte nicht als Lagerhäuser für Wertaufbewahrung zu benutzen – sie weisen nicht jene Sicherheit auf, die normale Bürger brauchen. Bürger sollten sich um ihre eigene Geschäftstätigkeit (die sie selbst kontrollieren) sorgen können und nicht um ihre Investitionen sorgen müssen (die sie nicht kontrollieren).

10.

Benutze zerbrochene Eier zu einer Omelette. Aus dieser Krise lässt sich nicht mit Klittereien wieder herauskommen, genauso wenig wie ein Boot mit morschem Rumpf durch Flickwerk wieder seetüchtig gemacht werden kann. Wir müssen den Schiffskörper neubauen, mit neuem (stärkerem) Material; wir müssen das System neu machen, bevor es dies von sich aus tut. Wir sollten freiwillig zum Kapitalismus 2.0 übergehen – indem wir alles ungehindert zu Bruch gehen lassen, was kaputtgehen muss; indem wir Schulden in Risikokapital umwandeln; indem wir das Ökonomen- und Business-School-Establishment entmachten; indem wir den Wirtschaftsnobelpreis abschaffen; indem wir kreditfinanzierte Firmenübernahmen (leveraged buy-outs) verbieten; indem wir Banker dorthin verweisen, wo sie hingehören; indem wir die Boni von denen zurückfordern, die uns in den Dreck gefahren haben; und indem wir den Leuten beibringen, sich in einer Welt mit weniger Sicherheiten zurechtzufinden.

Dann erleben wir eine Wirtschaft, die unserem biologischen Umfeld eher entspricht: kleinere Unternehmen, eine reichhaltigeres Ökosystem, kein Leverage – eine Welt, in der Unternehmer die Risiken tragen, nicht Bankiers; eine Welt, in der jeden Tag, unbeachtet von den News, Unternehmen zur Welt kommen oder aus ihr verschwinden können.

Mit anderen Worten: einen Ort, der besser gefeit ist gegen schwarze Schwäne und andere Unwahrscheinlichkeiten.

aus dem Amerikanischen von René Scheu

NASSIM NICHOLAS TALEB, geboren 1960 im Libanon, ist Wertpapierhändler, Finanzmathematiker, Professor für Risk Engeneering an der New York University und Autor des in mehrere Sprachen übersetzten Buches «Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse» (2008). Der Text wurde zuerst in der «Financial Times» abgedruckt und erscheint hier erstmals in deutscher Übersetzung.

So tust du, was ich will

Ködern oder zwingen? Wie die Politiker unser Handeln steuern, ohne dass wir es merken

Reinhard K. Sprenger

«Nudge» heisst das erfolgreiche Buch, das der amerikanische Ökonom Richard Thaler zusammen mit dem Verfassungsrechtler Cass Sunstein jüngst veröffentlicht hat. «Nudge» heisst so viel wie «Stups», und wohin der Stups gehen soll, wird im Untertitel klar: «Wie man kluge Entscheidungen anstösst». Der Anspruch des Buches besteht in nicht weniger, als Menschen durch psychologische Tricks und Kniffe dazu zu bringen, «bessere» Entscheidungen zu treffen. Und dies, ohne sie in ihrer Freiheit einzuschränken. Die meisten Vorschläge folgen dabei der Strategie «Ködern», also der präferenzpsychologischen Anordnung bzw. geschickt dekorierten Alternativvernichtung. So wollen die Autoren zu einer «besseren» Welt beitragen. Ihre Botschaft: «Tue DU, was ICH will – aber freiwillig!»

Diese Botschaft wird von der Politik gerne gehört. Denn diese greift für das staatliche «Ausgleichen», für das «Fördern» und «Schützen» nur ungern zum «bösen» Mittel des gesetzlichen Zwangs. Ihr Motto: «Tue, was ICH sage, sonst schadest DU dir selbst.»

Die vorherrschenden Lenkungshilfen sind Belohnen und Bestrafen – aber selbstregelnd, d.h. mit Hilfe eines Systems, das allein aus der Initiative des Bürgers heraus funktioniert. Verhält er sich angepasst, erhält er automatisch seine vorausberechnete Belohnung. Bleibt er eigensinnig, fällt die Belohnung weg.

Die Belohnung wird in diesem System als Ködermaterial prozentual vom Einkommen als Steuer zunächst einbehalten und dann bei erbrachter Anpassungsleistung gleichsam zurückerstattet. Der grosse Vorteil aus der Sicht des Staates, analog zu Thaler/Sunstein: die Freiheit des Bürgers bleibt formal erhalten. Das System regelt sich von allein – der Bürger kann entscheiden und trägt die Konsequenzen.

Die Frage aber bleibt: Ist das noch Freiheit? Oder ist das eine Sonderform des Zwangs, indem man ein Angebot macht, aber künstlich Kosten definiert, die im Falle der Ablehnung entstehen? Noch weitergehend: Ist ein Mensch nicht nur dann wirklich frei, wenn er ein Angebot kostenlos ablehnen kann?